Nr. 66 Dez. 2018

Ihr versteht: ich meine
dass wir keine anderen Herren brauchen
sondern keine! (Bert Brecht)

Auflage 18 500

VorOrt

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Vonovia, Patrizia, Deutsche Wohnen

Die Miethaie

Vonovia, Patrizia, Deutsche Wohnen - wohlklingende Namen, die Deutschlands Mietern das Fürchten lehren. Gemeinsam ist allen, dass sie enorme Gewinne machen und bei Anlegern inzwischen beliebter sind als die Automobilindustrie. Erwirtschaftet werden die Gewinne vor allem über horrende Mieten und vielfach überhöhte Nebenkostenabrechnungen.

Eine weitere Gemeinsamkeit: Durch ihre Geschäftstätigkeit entsteht keine einzige Wohnung neu. Dafür flattert den Mieterinnen eine drastische Mieterhöhung nach der anderen ins Haus. Das steigert auch den Wert der Immobilien, die dann, wie im Fall der Patrizia in Ba-Wü, höchst gewinnbringend weiterverkauft werden.

400.000 Wohnungen besitzt die Vonovia aktuell in Deutschland. Seit dem Börsengang 2013 ist ihr Aktienkurs um 148% gestiegen. Der Vorstandsvorsitzende erhält eine Vergütung von rund 430.000 Euro im Monat. Auch das zahlen allein die Mieterinnen.

Die Deutsche Wohnen hat ihren Wohnungsbestand seit 2012 auf 160.668 verdoppelt. Parallel zu dieser Entwicklung ging der Bestand an Sozialwohnungen in Baden-Württemberg von 137.202 (2002) auf 54.000 (2017) zurück. Bundesweit verschwanden über eine Million Sozialwohnungen.

4.000 Mieterhaushalte in Stuttgart sind izwischen von den asozialen Praktiken der Vonovia betroffen. Wie es dazu kommen konnte, ist die Geschichte des neoliberalen Privatisierungswahns von FDP, CDU, SPD und Grünen der letzten 20 Jahre: Vergünstigungen für die Konzerne auf Kosten des Sozialstaats. Dass die großen Wohnimmobilien Konzerne ihre Mieter aussaugen können bis sie ausziehen müssen und zahlungskräftigeren Platz machen, ist nur eine Folge davon.

Ein Beispiel: Das Hochhaus, Wegaweg 6 in Dürrlewang.

Ursprünglich errichtet von der Eisenbahnsiedlungsgesellschaft (ESG) als Wohnraum für Bahnbedienstete zu an deren Einkommen orientierten Mieten.

In Verbindung mit der Privatisierung der Bundesbahn zur Bahn AG. wurde die Bahn AG u.a. dazu verpflichtet, ihre Wohnungen zu verkaufen. Verkauft wurde an die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG). Deren Aufgaben bestanden urprünglich u.a. in der Schaffung erschwinglichen Wohnraums für Familien.

Die LEG war aber schon ein Jahr zuvor von der LBBW-Immobilien übernommen worden und damit ebenfalls privatisiert. Immerhin war der Hauptaktionär noch das Land Ba-Wü. Was aber an der Profitorientiertheit nichts änderte. Aktionäre wollen immer eine möglichst hohe Dividende sehen.

Einmal in LBBW-Besitz liesen die ersten Mieterhöhungen nicht lange auf sich warten.

Richtig schlimm für die Mieter wurde es aber erst 2011.

Während der sog. Bankenkrise hatte sich auch die LBBW verzockt und musste mit Milliardenbeträgen aus Steuermitteln „gerettet“ werden. In der Folge verlangte

Vonivia Hochhaus in Dürrlewang

die EU, die Bank müsse sich von Teilen ihrer nicht bankspezifischen Sparten trennen. Unter Führung der rot-grünen Landesregierung beschloss man, dem durch den Verkauf der LBBW-Immobilien zu entsprechen.

Es war klar, dass ein Verkauf an einen Immobilien-Hai schlimme Folgen für die Mieterinnen haben würde. Stuttgart und andere Kommunen bildeten deshalb ein Bieter-Konsortium, um so eine soziale Komponente für die 21.000 zum Verkauf stehenden Wohnungen zu erhalten. SPD und GRÜNE(weiter S. 3

Ausländer raus ?

von Gerhard Wick

VW raus aus Brasilien, Mexiko, Argentinien, Indien, Japan und Singapur. Siemens raus aus Pakistan, Indien, Saudi Arabien, Brasilien. Daimler raus aus China, Spanien, Kroatien, Russland, Rumänien, Griechenland, Südafrika. H&M raus aus Kambodscha. Ikea raus aus Deutschland. Aldi raus aus China, Australien, Ungarn, Irland und USA.

Deutsche Soldaten raus aus Marokko, Mali, Afghanistan, Irak, Sudan, Libanon.

Konrad Adenauer Stiftung raus aus Venezuela, Bulgarien, Ukraine, Ecuador, Afrika.

Überall und vor allem raus mit den Wirtschaftsflüchtlingen, die ihre Produktion ins Ausland verlegen und dort für Hungerlöhne und unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen produzieren lassen. Ebenso wie diejenigen, die in ihrer Profitgier und für unseren billigen Konsum den Menschen in der so genannten Dritten Welt ihre Nahrung und Lebensgrundlagen rauben.

Die Grenzen verlaufen offensichtlich nicht zwischen In- und Ausland, sondern zwischen Unten und Oben, zwischen Arm und Reich, Kapital und Arbeit. Alle Menschen sind Ausländer, fast überall.

50 Vaihinger für VorOrt
Unterstützen Sie die kritische Stimme Vaihingens!

Bis eine Ausgabe von VorOrt Vaihingen fertig ist, sind viele Schritte erforderlich. Nur eine Vielzahl von ehrenamtlichen Helferinnen machen das Erscheinen von VorOrt Vaihingen überhaupt erst möglich.

VorOrt kann stets tatkräftige Unterstützung gebrauchen, z.B. bei der Verteilung. Dennoch ist trotz all der ehrenamtlichen Arbeit vor allem die Finanzierung der Druckkosten die allergrößte Herausforderung!

Wir haben deshalb die Kampagne 50 Vaihinger für VorOrt gestartet. Wenn 50 VaihingerInnen sich regelmäßig mit einem kleinen Betrag beteiligen, ist VorOrt Vaihingen dauerhaft gesichert.Helfen Sie mit, VorOrt Vaihingen nachhaltig zu finanzieren und unterstützen Sie die Zeitung für das andere Vaihingen mit einem regelmäßigen monatlichen Beitrag von 1, 2, 3, 4 oder mehr Euro.Einzugsermächtigungen zur Finanzierung von VorOrt gibt es am Infostand von Vaihingen Ökologisch Sozial und bei Naturkost Grünschnabel.

Soli-Konzert für VorOrt

Am 8. 2. 2019 veranstaltet der Verein Vaihinger für Gemeinsinn e.V. ein Konzert mit der Song-Gruppe Arche 58 und ihrem Programm Politisch Lied - Garstig Lied.

19 Uhr, Alte Kelter.

Der Eintritt ist frei!

Spenden sind erlaubt.

Stuttgart auf dem Weg zur totalüberwachten Stadt

Smart City

„Wir erleben gerade einen verdeckten Großangriff auf demokratische Strukturen. Ich berichte Euch über das derzeit größte bundesweite Großprojekt, den digitalen Umbau der Kommunen zu Smart Cities.“ So beginnt eine Rede von Peter Hensinger, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Mobilfunk Stuttgart“, zweiter Vorsitzender von „Diagnose: Funk“, die VorOrt hier leicht gekürzt wiedergibt.

Mit Smart City ist die datengesteuerte, total überwachte Stadt gemeint. Allein für die Region Stuttgart sollen dafür mehr als 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Für den Ausbau dieser Infrastruktur soll die Telekom das Monopol bekommen.

Mit nur einer Woche Bedenkzeit wurde das Projekt im Gemeinderat durchgepeitscht. Nur SÖS-LINKE-PluS stimmten dagegen. Einige StadträtInnen der GRÜNEN sahen es kritisch, stimmten aber dann doch dafür. (...)Die hochsensiblen Netze für die Datenkommunikation über das Internet (...)gehören nicht in die Hand von Monopolen wie der Telekom. Verkauft wird die Smart City mit dem Köder: schnelles Internet für alle.In Wirklichkeit ist es eine Infrastruktur zur Überwachung. Es ist ein Wolf im Schafspelz! Denn mit der Smart City werden die Städte von Orten der kommunalen Demokratie zu total überwachten Zonen umgebaut. Das Ziel: von jedem Bürger in Echtzeit immer zu wissen, wo er sich befindet und was er tut. Für diese totalitäre Planung bekam die Smart City von Digitalcourage e.V. den BigBrother-Award 2018. In der Laudatio heißt es: „Eine ›Smart City‹ ist die perfekte Verbindung des totalitären Überwachungsstaates aus George Orwells ›1984‹ und den normierten, nur scheinbar freien Konsumenten in Aldous Huxleys ›Schöne Neue Welt‹. Der Begriff ›Smart City‹ ist eine schillerndbunte Wundertüte – er verspricht allen das, was sie hören wollen: Innovation und modernes Stadtmarketing, effiziente Verwaltung und Bürgerbeteiligung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Sicherheit und Bequemlichkeit, für Autos grüne Welle und immer einen freien Parkplatz. […] Als große Errungenschaft für eine ›Smart City‹ wird zum Beispiel ein neuer Typ Straßenlaterne angepriesen. Die leuchtet nicht nur, sondern enthält auch gleich Videoüberwachung, Fußgänger-Erkennung, Kfz-Kennzeichenleser, Umweltsensoren, ein Mikrophon mit Schuss-Detektor und einen Location-Beacon zum Erfassen der Position. Stellen wir uns dies noch kombiniert mit WLAN vor, mit dem die Position von Smart-phones ermittelt wer-

den kann, Gesichtserkennung und Bewegungsanalyse, dann ist klar: Wenn diese Technik in unsere Stadt kommt, werden wir keinen Schritt mehr unbeobachtet tun."
Dafür sollen hunderte Videoanlagen, tausende neue Mobilfunksender und WLAN-HotSpots installiert werden. Dieses lückenlose System von Abhör-Wanzen erfasst in Echtzeit alle Daten, die wir über unsere Smart-phones, Mobilitätspässe, Facebook, Instagram, WhatsApp und Surfen bei Google erzeugen. Sie erstellen von jedem Nutzer ein digitales Profil. Privatsphäre ade – der gläserne Bürger ist das Ziel. Was sich wie Science Fiction anhört, soll schnell verwirklicht werden. Wer will die Smart City? Welche Folgen hat sie?
1.Die Demokratie wird abgebaut! In der Broschüre „Smart City Charta" der Bundesregierung steht: „Post-Voting Society. Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten, gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen. Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen."
Post-Voting Society (!) – Wahlen werden überflüssig, davon träumen die Herrschenden. Durch dieses digitale Bespitzelungssystem, das die Stasi in den Schatten stellt, erhofft man sich, Protestbewegungen von Anfang an in den Griff zu bekommen und Meinungen zu manipulieren. Die deutschen Trumps und Orbans sind nicht weit.
Folge 2: Mehr Wachstum und Umweltzerstörung. An vorderster Front will der Handel die digitale Kundenüberwachung. Mit den digitalen Profilen aller BürgerInnen wird die Werbung personalisiert und immer neue Konsumwünsche geweckt. Die Folge: der Ressourcenverbrauch steigt. Noch mehr Wachstum ist das Ziel, noch mehr Umweltzerstörung die Folge.
Folge 3: Der Energieverbrauch der geplanten Smart City wird explodieren. Millionen Geräte im smarten Zuhause (Smart Home) und hunderttausende autonome Autos sollen über WLAN und 5G vernetzt werden. Dadurch explodiert nicht nur der Datenverkehr, sondern auch der Energieverbrauch. Angesichts der Klimakatastrophe ein Verbrechen: die Smart City ist ein Klimakiller. Wir fordern, dass die Stadt Stuttgart den ökologischen Fußabdruck der Smart City dokumentiert.
Folge 4: Verseuchung mit Elektrosmog. Tausende neue Mobilfunksender werden die Stadt mit Elektrosmog verseuchen. Die Autoindustrie will die 5G-Sender zur Steuerung des autonomen Fahrens. Die Strahlung dieser Sender wurde von der WHO schon 2011 als möglicherweise Krebs erregend eingestuft, neue Studien aus den USA und Italien stellen klar: die Strahlung *ist* Krebs erregend. Deshalb hat unsere Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart West gerade wieder eine Protestaktion gestartet. Schaut auf unsere Internetseite www.MobilfunkStuttgart.de.
Diese Folgen machen klar: wer für Demokratie, für eine ökologische Politik ist, gegen die Klimakatastrophe kämpft, muss diese Smart-City-Pläne ablehnen.
Doch die Regierungen haben bereits Taktiken zur Durchsetzung.

Peter Hensinger Foto: J. E. Röttgers

Der baden-württembergische Digitalisierungsminister Strobl kündigte an: „5G bedeutet jedoch eine Verdoppelung bis zu einer Verzehnfachung der Sendemasten", so Strobl. An die Bürgermeister richtete er folgende Worte: „Ihr dürft wegen jedes einzelnen Sendemasten zu mir kommen und ich sorge dafür, dass er aufgestellt wird."
In der Sache ist er sich mit Ministerpräsident Kretschmann einig, nur bevorzugt der eine smarte Taktik. Man brauche die 5G-Sendeanlagen für das autonome Fahren, so Kretschmann: „Und was die flächendeckende Versorgung mit 5G betrifft, will ich nicht verschweigen, dass dabei auch auf die Bevölkerung noch einiges zukommen wird. Denn klar ist: Wir werden dafür wesentlich mehr Sendemasten benötigen als heute. Da wir Grünen aus der kritischen Bevölkerung kommen, haben wir aber eine große Erfahrung damit, die Menschen mitzunehmen. Insofern bin ich sicher, dass wir bei der digitalen Infrastruktur den Anschluss schaffen werden."
Wir lassen uns von Strobl nichts befehlen und auch von Kretschmann nicht mitnehmen, sondern fordern:
• Die Stadt Stuttgart muss das Breitbandnetz als Eigenwirtschaftsbetrieb betreiben, wie es ursprünglich geplant war. Kein Monopol für die Telekom.
• Die Stadt Stuttgart muss ein Gutachten zum Energieverbrauch im Endausbau der vernetzten Stadt vorlegen und Modelle für energieeffiziente Netze entwickeln.
• Die Stadt Stuttgart muss Datenschutzkriterien und Möglichkeiten der Umsetzung aufstellen.
• Die Stadt Stuttgart verwirklicht die Trennung der Indoor- und Outdoorversorgung durch Kleinzellennetze zum Schutz der Wohnungen vor Elektrosmog. Dafür werden neue Techniken der Strahlenminimierung erprobt mit dem Ziel „Mehr Daten mit weniger Strahlung", wie es im Gemeinderat bereits als Projekt beschlossen wurde. Unsere Bürgerinitiative Mobilfunk fordert Euch auf, mit uns gegen diese Pläne unsere demokratischen Rechte, den Schutz der Privatsphäre, unsere Umwelt und Gesundheit zu verteidigen. Wer oben bleiben will, braucht demokratische Rechte und muss sie verteidigen. Denn ohne Demokratie ist alles andere nichts. Unsere Stadt bleibt demokratisch! Nein zur verwanzten City! Smarte Diktatur – nicht mit uns.

(Miethaie Fortsetzung) Aufsichtsräte stimmten aber für einen Verkauf an die „Heuschrecke" Patrizia. 1,435 Mrd bezahlte die Patrizia. Nur 30 Mio. mehr als das Konsortium geboten hatte.
Der neue Vermieter verschickte wenige Tage nach der Übernahme gleich mal satte Mieterhöhungsschreiben an die Mieterinnen. Die in einer Sozialcharta festgelegte Begrenzung der Mieterhöhungen erwies sich schnell als reine Täuschung. Zusammen mit den schon von der Vorbesitzerin vorgenommenen Erhöhungen waren das bis zu 19% in 15 Monaten.
Was sie den Mietern zumutet, war der Patrizia Tochter Südewo wohl bewusst: Ihre Mieterhöhungsschreiben endeten mit dem Satz: „Aufgrund der Erhöhung Ihrer Miete haben Sie möglicherweise einen Anspruch auf Wohngeld. Wenden Sie sich bitte an das zuständige Wohnungsamt." Will heißen: Nicht nur der Mieter soll die Supergewinne der Immobilien-Haie bezahlen, sondern auch die Allgemeinheit aus Steuermitteln.

Immobilien-Haie zahlen praktisch keine Steuern

Das ist besonders infam, angesichts des Umstandes, dass Patrizia und Co. für ihre Milliardengeschäfte selbst praktisch keine Steuern in Deutschland bezahlen. Jeder, der heute ein Haus oder eine Wohnung kauft muss zusätzlich zum Kaufpreis je nach Kommune 3 – 7% Grunderwerbsteuer bezahlen. Die Immobilien-Konzerne umgehen diese Steuern, indem sie nicht die Häuser kaufen, sondern deren Eigentümer. Und Anteilskäufe sind seit der rot-grünen Schröder--Regierung steuerfrei. Dazu laufen die Mega-Deals meist über schnell gegründete oder gekaufte Vorratsgesellschaften, Unternehmen ohne Inhalt, die nur wenige Monate auf dem Papier existieren und als Kaufvehikel bei großen Geschäften eingesetzt werden. Auch die laufenden Gewinne werden zum großen Teil nicht in Deutschland versteuert, sondern über Briefkastenfirmen in Luxemburg und anderen Steuerparadiesen. Es sind Millardenbeträge, die Staat und Gesellschaft dadurch entgehen.
Beim Kauf der Wohnungen, in denen etwa 60.000 Mieter leben, hatte die Patrizia versichert, es gehe ihr um eine langfristige Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes. Die Patrizia-Tochter Südewo kümmerte sich dann 3 Jahre lang um die Wohnungen und ihre Mieter vor allem in Form von Miet- und Nebenkostenerhöhungen. Die Wahrnehmung von Vermieterpflichten in Form von Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen – Fehlanzeige.
Drei Jahre später verkauft die Patrizia ihre Tochter Südewo an den nächsten Immobilienriesen, die Deutsche Annington. Mit einem Gewinn von über einer halben Milliarde. Euro.
Der Ruf der Deutschen Annington war miserabel. Bekannt dafür, maximale Rendite aus Mietern und Beschäftigten herauszupressen und die Kosten für Instandhaltung der Wohnungen gering zu halten. Wohl deshalb änderte der Konzern 2015 seinen Namen in Vonovia, um sich ein neues Image als am „Kunden orientiert" zu geben.
Bemerkt hat man davon nichts. Vielmehr hat die Vonovia eine neue Möglichkeit gefunden, sich auf Kosten der Mieter weiter zu bereichern. Energetische Sanierung und Modernisierung heißt die Gewinnmaschine. (weiter S. 4

(Miethaie Fortsetzung) Das Schöne für den Konzern: die zwar zunächst Kosten verursachenden Wertsteigerungen der Immobilien kann sich der Konzern komplett von den Mietern bezahlen lassen. Das deutsche Mietrecht ermöglicht es dem Vermieter 11% der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete aufzuschlagen. Und das sind dann wie z.B. bei Wohnungen im Stuttgarter Norden schon mal Mieterhöhungen um bis zu 68%. Nach knapp 10 Jahren hat der Mieter die Modernisierung komplett bezahlt und die erhöhte Miete bleibt bestehen.

Dass die Mieter höllisch aufpassen müssen, wenn sie die Modernisierungs- nebst Mieterhöhungsankündigung von der Vonovia erhalten, liegt u.a. daran, dass der Konzern gerne auch reine Instandhaltungsmaßnahmen in die Modernisierungskosten einrechnet. So sind z.B. die kostenaufwendige Entfernung von asbesthaltigen Fassadenverkleidungen keine Modernisierungsmaßnahem, weil eine Wärmedämmung ohne die Entfernung der Eternit-Platten gar nicht möglich wäre. Viele weitere Dinge sind zu beachten, wenn man nicht noch über die zulässige Abzocke hinaus zur Kasse gebeten werden will. Es empfiehlt sich, sich beim örtlichen Mieterverein zu informieren. Dort gibt es Info-Blätter zu Modernisierungs-Mieterhöhungen und Mieterhöhungen allgemein. (www.mieterverein-stuttgart.de)

Nicht nur für Vonovia-Mieter/innen ist es auch ratsam, sich den Stuttgarter Mieterinitiativen anzuschließen, um sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. (www.mieterinitiativen-stuttgart.de)

Dies gilt für Vonovia Mieter/innen auch bezüglich der oft falschen und überzogenen Nebenkostenabrechnungen, die der Konzern als weitere Gewinnmaschine entdeckt hat.

Die Stadt könnte den Miethaien ein wenig Einhalt gebieten. Mit einer Milieuschutzsatzung für die Gebiete, in denen die Vonovia Wohnungen hat, könnte die Modernierungsvertreibung der Mieter wenigstens gebremst werden. Bisher wurden aber alle diesbezüglichen Anträge der Fraktion SÖS/Linke/PluS von der Verwaltung auf die lange Bank geschoben und nicht umgesetzt.

In Berlin wird aktuell ein Volksentscheid vorbereitet mit dem Ziel den dortigen Miethai in Eigentum der Gesellschaft zu überführen. Dort steht in der Verfassung: „Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich." Und: „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum.

Aus einem Schreiben des Mietervereins Stuttgart an OB Kuhn und den Gemeinderat

Gemeinderat und OB Kuhn müssen sich gegen das Rausmodernisieren von Vonovia aussprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in Stuttgart versucht Deutschlands größtes Immobilienunternehmen das Wohnen durch krasse Mietsteigerungen unbezahlbar zu machen. So erhalten Mieter in der Friedhofstraße Mieterhöhungen bis zu 65 % und sind verzweifelt.

Die Erfahrung zeigt bislang leider, dass das börsennotierte Unternehmen nur bei erheblichem öffentlichen Druck Einsicht zeigt. Wir bitten deshalb Gemeinderat und OB, in ähnlicher Weise wie Stadtrat und Oberbürgermeister in Konstanz, öffentlich aktiv zu werden und Schaden von Stuttgarts Vonovia Mietern abzuwenden.

Gemeinderat und OB der Stadt Konstanz sowie Abgeordnete aus allen Parteien unterstützen den Widerstand von 250 Vonovia-Mietern gegen teure und unwirtschaftliche Modernisierungen. Das Unternehmen plant dort umfangreiche Baumaßnahmen angeblich zur Verbesserung des Energieverbrauchs. Doch die betroffenen Häuser erhielten bereits 2003 eine vollwertige Wärmedämmung und neue Fenster, die die Mieter über eine Modernisierungsumlage bereits bezahlt hatten.

Eine Mieterinitiative organisiert gemeinsam mit dem Mieterbund Bodensee den Widerstand der Mieter.(...)

In einer bemerkenswerten Video-Botschaft findet der OB der Stadt Konstanz, Uli Burchardt (CDU) deutliche Worte: Die geplanten Maßnahmen der Vonovia seien „unangemessen, wenn nicht gar unanständig". Stellen auch Sie sich durch eine eindeutige Stellungnahme von Gemeinderat und OB an die Seite von 4.000 Mieterhaushalten, die zum Spielball der Profitinteressen von Vonovia geworden sind.

Video-Botschaft von Hannes Rockenbauch (SÖS) und Thomas Adler (Die Linke)
„Wir sagen auch klar, wer sich nicht an die Verpflichtungen des Grundgesetzes hält – das auch Eigentümer verpflichtet, sich an das Gemeinwohl zu halten – der wird am Ende, und nichts anderes bleibt uns übrig, enteignet. Das gibt das GG her. Deswegen: die Immobilien-Mafia Vonovia enteignen!"

Wahlversprechen der Grünen nichts als Schall und Rauch

Bürgerbeteiligung - Illusion und Täuschung

(r.k.) Vorab: Bürgerbeteiligung ist natürlich das falsche Wort, es muss Einwohnerbefragung heißen. Bei vielen Vorhaben werden sogenannte Bürgerbeteiligungen gemacht, oft sind sie gesetzlich vorgeschrieben. Wenn sie tatsächlich durchgeführt werden, geht es aber selten um das Wesentliche, sondern nur um unwesentliche Details. Das Wesentliche steht schon vorher fest.

Hier sind Beispiele wo sie weggelassen wurden. Und das während der Regierungszeit der Grünen in BW, die sich loben, die Bürgerbeteiligung zu fördern.

Regionalbahnhalt in Stuttgart-Vaihingen

Anfang 2017 hat die Bahn den Projektablauf vorgestellt, natürlich in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium. Die Bürgerbeteiligung ist im PFA (Planfeststellungsabschnitt) definitiv vorgeschrieben. Es war allerdings schon in 2016 klar, dass das EBA (Eisenbahnbundesamt) auch ein kürzeres Verfahren ohne Bürgerbeteiligung freigeben könnte. Jetzt im Oktober sagt das Verkehrsministerium nur allgemein, alles sei im Zeitplan. Die Bahn war jetzt konkreter mit der Aussage: Das EBA habe überraschend das kurze Verfahren ohne Bürgerbeteiligung gewählt. Das ist wenigstens ehrlich, leider geht es trotzdem nicht schneller. Man hoffe, die Freigabe bis Ende 2018 zu bekommen, so wie im langen Verfahren.

Bürgerbeteiligung wird als Bremse empfunden, niemals als Bereicherung. Eine Projektverkürzung wird totgeschwiegen, obwohl sie für die Bahnnutzer ein Vorteil wäre. Korrekte Informationen bekommt man als Einwohner eigentlich nie.

Radschnellweg Panzerstraße

Seit September wird das Stück von Böblingen Mineraltherme bis zur Brücke über die A8 auf der Rohrer Höhe (Gemarkungsgrenze Stuttgart) gebaut. Es gehört zur großen Radschnellverbindung Herrenberg-Stuttgart. Vorbereitet wurde es schon mindestens 2 Jahre früher, vorangetrieben vom Landrat Bernhard. Im Sommer 2016 hatte Minister Hermann ein paar Leute zu einer Radtour eingeladen, um über den Schnellweg in Stuttgart zu informieren. Der Vorschlag, für den Schnellweg die alte B14 zu nehmen, wurde als zu schwierig abgetan. Was bedeutet, Autos zurückzudrängen gelingt hier kaum. Verdrängt werden lieber Fußgänger. Für die Fortführung des Radwegstückes in beide Richtungen ist aber die Reduzierung des Autoverkehrs notwendig.

Zurück zur Beteiligung: in Böblingen waren Stadt, ADFC und der Kreistag eingebunden, der dann auch den Weg durch den Wald beschloss, obwohl dieser denkmalgeschützt ist. Die Bevölkerung wurde nicht beteiligt, weil man sie angeblich nicht beteiligen muss, wenn die vorhandene Straßenfläche nicht vergrössert wird. Tatsächlich wird sie es doch, denn der Radweg, der entlang der Böblinger Panzerstraße im Wald verläuft, wird wesentlich verbreitert und neben der vorhandenen ehemaligen Panzerstraße (in Böblingen heißt sie Römerstraße) wird für Kabel und die weiter außen stehenden Lichtmasten aufgegraben.

Fazit: Rein logisch ist eine Bürgerbeteiligung zwingend vorgeschrieben, aber die Ämter bewerten es einfach nach ihrem Willen anders.

Die Bürgerbeteiligung beim Planfeststellungsabschnitt 1.3b für die gedachte Gäubahnumleitung zum Flughafen (Rohrer Kurve).

Nach den Einwendungen gibt es definierte Fristen bis zu Erörterung und zur Entscheidung. Das Regierungspräsidium hat diese Frist um über ein Jahr überschritten und meint dazu, diese Fristen gelten schon, aber man könne bei besonderen Projekten darüber hinweggehen.

Fazit: Gleiches Recht für alle bleibt auch hier eine Illusion.

Herausgeber:
VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:
Gerhard Wick
Verlagsanschrift:
VorOrt-Verlag
Dürrlewangstr. 4, 70565 Stuttgart
Tel: 0711 / 74 29 09
vorort-vaihingen@arcor.de
Druck: Druckhaus Stil
Auflage: 18 500
Bankverbindung:
VR-Bank Stuttgart
IBAN:
DE40 6009 0100 0100 0150 00